



Laut AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel sind die Hochschulen in NRW „Kaderschmieden“, an denen die Studierenden nichts mehr lernten außer „wokes, linkes Genderzeug“.

VLADIMIR WEGENER/FFS

Die Angst der Unis vor den Rechten

Professoren rausschmeißen, Studiengänge schließen – die AfD-Vorsitzende Alice Weidel greift die Hochschulen in NRW an

Christopher Onkelbach

Bochum/Essen. Ginge es nach AfD-Chefin Alice Weidel, würde Katja Sabisch so schnell wie möglich ihren Job verlieren. Und mit ihr bundesweit knapp 200 Kolleginnen und Kollegen, die sich an deutschen Hochschulen mit Frauen- und Geschlechterforschung befassen. Katja Sabisch ist Professorin für Geschlechterforschung (Gender Studies) an der Ruhr-Uni Bochum und wie wohl die große Mehrheit der Hochschulangehörigen in NRW erschüttert über die jüngsten Äußerungen der AfD.

Auf dem Parteitag in Riesa hatte Weidel insbesondere die Hochschulen in NRW ins Visier genommen. Sie seien „queer-woke Kaderschmieden“, an denen die Studierenden nichts mehr lernten außer „wokes, linkes Genderzeug“. Hätte ihre Partei die Macht, würde sie „alle Gender Studies schließen“ und alle Professoren und Professorinnen in diesem Bereich „rausschmeißen“.

Angriff auf Freiheit der Forschung

Dozenten und Studierende sehen in diesen Äußerungen mehr als nur Parteitagssparolen. Sie befürchten einen politisch motivierten Angriff auf die im Grundgesetz verankerte Freiheit von Forschung und Lehre. Das würde, so die Sorge, auf lange Sicht nicht nur die Geschlechterforschung betreffen, sondern die Wissenschaft insgesamt. Am Ende stünde eine nach politischen Direktiven gesteuerte Hochschullandschaft, in der ein freier Diskurs, ein breites Fächerspektrum und freie Forschung nicht mehr möglich wären.

Studierende und Dozenten weisen Weidels Äußerungen daher scharf zurück. „Wenn ganze Wissenschaften daran gemessen werden, ob die wissenschaftlichen Ergebnisse zu Parteipositionen passen, ist nicht weniger als das Fundament unserer Demokratie in Gefahr“, sagt Adrian Moser, Vorsitzender des Asta der Uni Köln. Der bundesweite Zusammenschluss der Studierendenvertretungen (fzs) teilt mit: „Unliebame Professorinnen und Professoren einfach rauszuschmeißen, weckt schlimme Erinnerungen an die Vergangenheit.“

In ihrem Protest gegen die AfD-Forderungen wissen die Studierenden die Hochschulleitungen hinter sich: Die Universitäten in NRW als queer-woke Kaderschmieden herabzuwürdigen, sei angesichts ihrer Weltoffenheit und ihrer Forschungsleistungen „geradezu absurd“, sagt Professor Johannes Wessels, Rektor der Uni Münster, der als Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz (LRK) derzeit Sprecher aller Universitätsrektoren in NRW ist, dieser Redaktion. „Das Ansinnen von Frau Weidel verkennt fundamental die im Grundgesetz verankerte Wissenschaftsfreiheit und die in NRW überaus erfolgreich gelebte Hochschulautonomie.“

Große Sorge in den Unis

Auch die Bochumer Forscherin Katja Sabisch ist alarmiert. „Ich nehme die Äußerungen von Frau Weidel sehr ernst. Wer die Geschlechterforschung abschaffen will, will die Wissenschaft abschaffen. Es ist ein direkter Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit“, sagt die 49-Jährige.

Aber warum attackieren die AfD und andere rechtskonservative Politiker gerade dieses Forschungsgebiet so massiv?

Gender Studies umfassen ein interdisziplinäres Themengebiet, das sich vor allem mit geschlechterbedingten Ungleichheiten befasst, erklärt Sabisch. Es ist ein Teilgebiet etwa in der Soziologie, der Medizin, der Literaturwissenschaft, aber auch in der Informatik, den Rechtswissenschaften bis hin zum Sport. Die Geschlechterforschung untersucht unter anderem, wie Rollenbilder von Gesellschaften geprägt werden und wie über soziale Normen festgelegt wird,

Katja Sabisch, Professorin für Gender Studies in Bochum (l.). AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel (r.). MI-

CHAELE MECKEL/HO/DPA

was als männlich und weiblich gilt.

Dabei geht es um Geschlechterungleichheiten in der Gesellschaft, auf dem Arbeitsmarkt oder in der Familie. Mit Feminismus hat das zunächst wenig zu tun. Katja Sabisch forschte zum Beispiel zu den Einstellungen von jungen Männern zu Geschlecht und Familie, über Rechtsextremismus und Antifeminismus, Homosexualität im deutschen Fußball, über Väter in Elternzeit oder die MeToo-Bewegung. Im Sommersemester 2023 gab es nach Auskunft des Wissenschaftsrats insgesamt 173 Professuren an deutschen Hochschulen in der Frauen- und Geschlechterforschung. Mehr als ein Dutzend Hochschulen bieten danach Studiengänge in Gender Studies an.

„Die AfD ist geradezu besessen davon“, sagt Sabisch. Die Themen rund um Familie, Sexualität und Rollenbildern mobilisierten zuverlässig rechts eingestellte Personen. „Wir leben in unsicheren und krisenhaften Zeiten. Die traditionelle Geschlechterordnung scheint für viele ein Garant für Stabilität und Ordnung zu sein. Daraus spricht auch die Sehnsucht nach einer idealisierten alten Zeit“, erklärt die Wissenschaftlerin die Wut der Rechten auf ihr Fachgebiet. „Feminismus, queere Menschen, der Wandel der Geschlechterordnung und gesellschaftliche Vielfalt bringt die unübersichtlich gewordene Welt noch mehr durcheinander.“ Weil ihr Fachgebiet aus AfD-Perspektive all dies repräsentiere, sei es zu einem Feindbild der Rechten geworden.

Was den Hochschulen zudem Sorge bereitet, sind zunehmende rechte Tendenzen. Zwar sei weder von Seiten der Studierenden noch der Lehrenden eine Proteststimmung gegenüber den Gender Studies auszumachen, wie es Alice Weidel behauptet hatte. „Dennoch haben sich im vergangenen Jahr diskriminierende, rassistische, antisemitische und

queerfeindliche Vorfälle gehäuft“, so LRK-Vorsitzender Wessels.

Auch Katja Sabisch beobachtet vermehrt rechte Parolen, Sticker oder Schmierereien auf dem Campus. „Da muss man klare Kante zeigen“, sagt sie. „Hochschulen sind Orte des offenen Austausches. Rechtsextreme Positionen schränken die Rechte anderer Personen ein. Davor muss man sie schützen.“

Der Umgang der AfD mit den Hochschulen sei vor allem als ein Feld für den rechten Kulturkampf zu verstehen, analysiert der Kölner Historiker Fabian Bennewitz in einem Schwerpunktbeitrag für die Bildungsgewerkschaft GEW. Die Partei unterstelle dem Fach, eine feministische Agenda zu betreiben, also nicht wissenschaftlich objektiv zu sein, sondern eine Ideologie zu verfolgen. Die von der AfD von den Hochschulen eingeforderte „Ideologiefreiheit“ zeige sich darin, immer wieder zu betonen, welche Studiengänge und Forschungsthemen als unsinnig angesehen und abgeschafft werden sollten. „Insbesondere solche, die Gender im Titel tragen oder rassistisch sind.“

AFD steht für eine selektierte Elite

Die „Bildungspolitik“ der AfD sei vor allem durch autoritäres Denken sowie rassistische und sozialdarwinistische Vorstellungen motiviert, führt Bennewitz aus. „Grundlegend geht es darum, Hürden im Bildungssystem wieder einzuführen, die Selektion auf allen Ebenen des Bildungssystems zu verstärken und etwa den Zugang zu Hochschulen zu erschweren.“ Denn nur eine selektierte Elite sei zu Höchstleistungen fähig.

In der Vergangenheit habe die Partei immer wieder versucht, in den Hochschulen Fuß zu fas-

sen, insbesondere durch AfD-Hochschulgruppen. Dabei sei es aber selten um konkrete Hochschulpolitik gegangen, „sondern vielmehr darum, den Raum Hochschule von rechts zu besetzen“. Dies sei jedoch größtenteils erfolglos geblieben, was zu einem großen Teil den Protesten und der Aufklärungsarbeit anderer Studierender zu verdanken sei.

Mit Sorge blickt Katja Sabisch auf das Erstarken der Rechten und die anstehende Bundestagswahl. Die stabil hohen Umfragewerte der AfD sowie die Beispiele Österreichs oder Ungarns ließen Schlimmes befürchten. „Was passiert, wenn eine rechtspopulistische Regierung an die Macht kommt, lässt sich in Ungarn beobachten.“ Ende 2018 hatte die Orban-Regierung alle Gender-Studiengänge mit dem Argument verboten, sie würden das „Fundament der christlichen Familie untergraben“. Und auch in Österreich gehe nach dem Regierungsauftrag für den Rechtspopulisten und FPÖ-Chef Herbert Kickl unter Studierenden und Lehrenden des Fachs die Angst um.

„Man kann die Finanzierung stoppen, Forschungsgelder blockieren, Zulassungen entziehen, Studiengänge nicht mehr akkreditieren, Personalstellen streichen oder Hochschulgesetze ändern. Vieles ist mit entsprechenden Mehrheiten denkbar“, mahnt Sabisch. Von einer im Grundgesetz garantierten Freiheit von Forschung und Lehre kann dann aber keine Rede mehr sein.

